



Stellenabbau bei Lufthansa Technik

Derzeit gibt es Informationen, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem MTV 14, welche durch die geplanten Stationsschließungen (bzw. Reduzierung) von Arbeitslosigkeit betroffen wären, auf den Standort BER verteilt werden sollen, und dafür Beschäftigte dort ihren Arbeitsplatz verlieren würden.

Das ist rechtlich mehr als fragwürdig und darf so nicht verhandelt werden!

Es müssen andere Lösungen gefunden werden!

Werden Betriebe eines Unternehmens geschlossen oder reduziert, betrifft das zunächst einmal die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Fallen nicht alle Stellen im Betrieb weg, wird eine so genannte Sozialauswahl durchgeführt, in deren Folge die am wenigsten schutzwürdigen Beschäftigten vom Arbeitsplatzverlust betroffen sind. Besonders geschützt sind hier die unkündbaren Beschäftigten. Allerdings findet die Sozialauswahl betriebsbezogen statt.

Für die Sozialauswahl ist es daher in der Regel unerheblich, ob in einem anderen Betrieb des Arbeitgebers ein weniger schutzwürdiger vergleichbarer Beschäftigter arbeitet. Es handelt sich hierbei um lokale Maßnahmen, denn die betroffenen Betriebe sind insoweit eigenständige Einheiten.



Unterschiedliche MTV-Regelungen dürfen nicht zur überörtlichen Benachteiligung von Mitarbeitern führen!

Nur in HAM und FRA müsste man dementsprechend, aber auch nur innerhalb des jeweiligen Betriebs, schauen wo und wie es lokale Möglichkeiten gibt, Beschäftigte zu verschieben. Da wäre es unter Umständen tatsächlich möglich, dass andere Beschäftigte ausscheiden müssten, um jemandem der unter den besonderen Kündigungsschutz fällt zu „retten“.

Sollten Arbeitgeber und Betriebsrat also solche Maßnahmen vereinbaren, werden wir für unsere Mitglieder den Rechtsweg einschreiten und dagegen klagen.

Wir finden solche Gedanken unverantwortlich!

Zum einen wird hier eine Verunsicherung produziert die rechtlich gar nicht haltbar scheint, zum anderen werden

hier Beschäftigte gegeneinander aufgehetzt.

Rund 20.000 Tarifbeschäftigte haben finanzielle Einbuße hinnehmen müssen um Arbeitsplätze zu sichern. Grob geschätzt wurden so 120 Mio. € in den „Job Sicherungstopf“ geworfen. Wie lange könnte man diese Jobs „subventionieren“ bis der Markt sich erholt hat?

Lasst euch hier also nicht verunsichern und schon gar nicht gegeneinander ausspielen und aufhetzen.

Wir müssen in dieser Krise zusammenstehen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

Euer Vorstand

